

Beschluss des Landrats vom 21.03.2019

Nr. 2551

7. Mehr Unterstützung für Berufsausbildnerinnen und Berufsbildner

2017/312; Protokoll: ama, ble

Kommissionspräsident **Christoph Hänggi** (SP) informiert wie folgt zum aktuellen Geschäft: Der Regierungsrat hält in seinem Bericht zum Postulat 2017/312 fest, dass der Kanton die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner gezielt unterstütze. Das Unterstützungsangebot sei seit der Inkraftsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes im Jahr 2004 in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt stetig ausgebaut worden. Auf finanzieller Ebene werden beispielsweise obligatorische berufspädagogische Kurse sowie die überbetrieblichen Kurse und Qualifikationsverfahren (QV) seitens des Kantons subventioniert. Zudem existieren im Kanton Basel-Landschaft eine Vielzahl von Anlaufstellen für unterschiedliche Problemsituationen. Neben der Berufsberatung, dem Schulsozialdienst oder der Lehraufsicht gibt es für schulisch schwächere Lernende Förder- und Stützunterricht. Zur Besetzung von offenen Lehrstellen können die neutrale Lehrstellenplattform lenabb.ch oder Netzwerke wie die Berufsberatung, die Berufsintegration oder die Ausbildungsberatung genutzt werden. Verschiedene Indikatoren – Lehrvertragsauflösungsquote, Lehrstellenentwicklung, Anzahl Lehrabschlüsse – und die Zufriedenheitsbefragung unter den Lernenden weisen darauf hin, dass es um die Berufsbildung im Kanton Basel-Landschaft gut bestellt ist. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen im Januar und Februar 2019 beraten. Die Kommissionsmitglieder nahmen die Ausführungen zu den vorhandenen Unterstützungsangeboten für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner grossmehrheitlich positiv zur Kenntnis. Seitens Kommission wurde das Anliegen eingebracht, den Austausch zwischen den Organisationen der Arbeitswelt (OdA), der Berufsberatung sowie der Sekundarstufe I im Zusammenhang mit der Besetzung von noch unbesetzten Lehrstellen zu stärken. Dies käme nicht nur den Betrieben, sondern auch den Jugendlichen auf Lehrstellensuche zu Gute. Die Verwaltung antwortete, in diesem Bereich gebe es tatsächlich eine Schwachstelle, die aber erkannt worden sei. Das Zusammenspiel der Sekundarstufe I mit OdA bezüglich offene Lehrstellen soll über die Laufbahnorientierung optimiert werden.

Die Gründe, weshalb es in bestimmten Berufen eine überdurchschnittliche hohe Durchfallquote bei den QV gebe, werden eruiert, beantwortete die Verwaltung eine entsprechende Frage. Teilweise liege das Problem bei den Bildungsplänen, die zu hohe Anforderungen beinhalten. Konkret wurde der Bildungsplan der Gärtnerinnen und Gärtner genannt, welche sämtliche Pflanzen auch auf Latein benennen müssen. Die Konzeption der Bildungspläne liege jedoch in der Verantwortung der OdA, der Kanton kann seinerseits keine Änderungen bestimmen.

Aus der Kommission wurde auch darauf hingewiesen, dass Lernende aus dem Niveau A für die meisten Berufe über einen nicht ausreichenden Bildungsrucksack verfügen. Dieses Problem müsse dringend angegangen werden. Mittlerweile brauche es für viele Berufe mindestens einen Niveau E-Abschluss. Seitens Verwaltung wurde bestätigt, dass es eine Tendenz hin zu Berufsabschlüssen auf einem höheren Anforderungsniveau gebe. Dieses Thema werde aber im Rahmen des Strategieprozesses «Berufsbildung 2030» angegangen.

Grundsätzlich läuft schon heute vieles im Bereich Unterstützung der Berufsausbildnerinnen und Berufsausbildner sehr gut, Verbesserungspotential ist aber sicher noch vorhanden.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 8:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen, das Postulat 2017/312 abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

Markus Meier (SVP) zieht folgende Bilanz aus den Diskussionen zum vorliegenden Postulat: Der Kanton Basel-Landschaft ist seit Jahrzehnten gut unterwegs im Bereich der dualen – oder sogar trialen (überbetriebliche Kurse) – Berufsbildung. Dem guten Weg soll aber Sorge getragen werden. Neue Entwicklungen in den einzelnen Berufen müssen aufgenommen und entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Die überbetrieblichen Kurse werden finanziell durch den Kanton unterstützt. Massnahmen für reibungslosere Schnittstellen zwischen den Sekundarschulen und den Berufsausbildungen wurden bereits ergriffen, weshalb die SVP-Fraktion die Abschreibung des Postulats unterstützen kann.

Christoph Buser (FDP) sieht gewisse dunklere Wolken im Bereich Berufsbildung auf uns zukommen und er zeigt sich daher froh, dass das Thema im Zusammenhang mit dem Postulat 2017/312 besprochen wurde. In der Kommission wurden wesentliche Punkte diskutiert und es zeigte sich, dass sich die Bildungsdirektorin dem Thema ausreichend annimmt. Vor diesem Hintergrund kann sich die FDP-Fraktion hinter die Abschreibung des Postulats stellen.

Florence Brenzikofer (Grüne) stellt fest, dass zur Verbesserung der Situation der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner bereits Vieles getan wurde. Die aktuelle Vorlage ist gut und sie zeigt auf, dass eine Verbesserung der Laufbahnverordnung im Gange ist. Dennoch bestehen nach wie vor auch Schwachpunkte. So muss beispielsweise die Zusammenarbeit mit der OdA weiter verbessert werden und es zeigte sich, dass die Abgängerinnen und Abgänger der Sekundarschulen (nicht nur des Niveau A) verschiedene Anforderungen, beispielsweise im naturwissenschaftlichen Bereich, nicht erfüllen. Der Strategieprozess 2030 ist noch nicht abgeschlossen, weshalb das Postulat gemäss Fraktion der Grünen/EVP stehen bleiben soll. Die ersten beiden Forderungen des Postulats seien zwar erfüllt, nicht jedoch die Punkte 3 bis 5. Diese befassen sich insbesondere mit der Lehraufsicht, zu welchen die Vorlage nur wenige Aussagen macht und keine Lösungen aufzeigt.

Miriam Locher (SP) dankt Rahel Bänziger (Grüne) für ihr Postulat, welches ein wichtiges Thema aufnimmt. In der Kommission wurde detailliert aufgezeigt, was heute im Bereich der Unterstützung für BerufsausbildnerInnen bereits getan wurde. Es musste zur Kenntnis genommen werden, dass inzwischen in fast allen Berufen das Niveau E der Sekundarschule gefordert werde. Mit dem Projekt Berufsbildung 2030 soll vor allem dieser Problematik Rechnung getragen werden. Die Argumentation der Verwaltung in der Kommission war schlüssig und das weitere Vorgehen wurde aufgezeigt. Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion den Kommissionsantrag auf Abschreibung des Postulats.

Claudia Brodbeck (CVP) bezeichnet es als lobenswert, dass der Kanton Basel-Landschaft als einer der wenigen Kantone eine doppelte Pauschale für überbetriebliche Kurse bezahlt. Vor rund einem Monat wurde Claudia Brodbeck als Präsidentin einer OdA zu einem Treffen von OdAs, Schulen und Vertreterinnen und Vertretern des Berufsbildungsamtes eingeladen. Auch hier finden also Schritte im Hinblick auf eine Verbesserung der Berufsbildung statt. Selbstverständlich sollen weitere Verbesserungen angestrebt und Schwachpunkte ausgemerzt werden. Die Durchfallquote bei den Abschlussprüfungen in einigen Berufen muss unbedingt verringert werden. Auch muss die Tatsache diskutiert werden, dass viele Schülerinnen und Schüler aus dem Niveau A den entsprechenden Rucksack für eine Berufslehre, auch für einfache Berufe, heute nicht mitbringen. Hier wird die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission ein Augenmerk auf die künftige Entwicklung halten.

Im Zusammenhang mit dem Postulat 2017/312 wurde geprüft und berichtet, weshalb die CVP/BDP-Fraktion die Abschreibung des Postulats unterstützt. Man werde die Bildungsdirektorin

weiterhin an ihrem Wahlkampfversprechen messen, ein besonderes Augenmerk auf die Berufsbildung zu richten.

Regina Werthmüller (parteilos) bedankt sich bei Rahel Bänziger für ihr Postulat. Die nun vorliegende Antwort des Regierungsrates ist sehr ausführlich und detailliert, weshalb die Fraktion der glp/GU der Abschreibung des Postulats zustimmen kann. Noch bestehende Lücken im heutigen Berufsbildungssystem wurden erkannt und entsprechende Bestrebungen, diese zu beheben, sind im Gange.

Rahel Bänziger (Grüne) dankt für die gute Vorlage und zeigt sich insofern zufrieden, als zwei der fünf von ihr aufgegriffenen Punkte gut geregelt sind. Zu den drei übrigen Punkten: Die Bereitstellung oder Vermittlung von Ansprechpersonen bei Problemsituationen muss – auch gemäss Aussagen der Regierung – verbessert werden. Auf dieses Anliegen soll ein grosses Augenmerk gerichtet werden.

Verlangt wird auch eine Stärkung der Lehraufsicht. Rahel Bänziger zeigt sich schockiert, dass eine einzige Person für 1'000 Lernende und jährlich 100 Lehrauflösungen verantwortlich sei. Jeden zweiten oder dritten Arbeitstag hat sich die zuständige Person also mit einer Lehrauflösung zu befassen. Gemäss Regierung sei diese Situation vergleichbar mit anderen Kantonen. Angesichts des Umfangs des Aufgabenportfolios der Lehraufsicht keimen allerdings Zweifel, ob dieses auch in den übrigen Kantonen derart umfangreich ist. Rahel Bänziger zeigt sich nicht befriedigt von den diesbezüglichen Aussagen der Regierung und sie bemitleidet die in der Lehraufsicht tätigen Personen. Sie fände es wichtig, die Lehraufsicht zu stärken und somit persönliche Dramen für die Lehrbetriebe und die Lernenden möglichst zu vermeiden.

Heute können einige Lehrstellen gar nicht besetzt werden, weil nicht genügend qualifizierte Lernende gefunden werden. So zeigen beispielsweise die Parteiengespräche bei Novartis Jahr für Jahr, dass schliesslich Abiturientinnen und Abiturienten aus Deutschland importiert werden müssen, um gewisse Lehrstellen angemessen zu besetzen. Hier stellt sich die Frage, ob unsere Schülerinnen und Schüler stetig schwächer werden, ob die Probleme beim Lehrplan oder bei den Anforderungen der Firmen liegen. Dieser riesige Problemkreis muss dringend angegangen werden. Wie dies geschehen soll, ist für Rahel Bänziger noch nicht geklärt.

Zusammenfassend erklärt Rahel Bänziger, zwei ihrer Anliegen seien befriedigend gelöst, bei drei Punkten jedoch überwiegen nach wie vor ihre Bedenken. Hier kann die Vorlage keine ausreichenden Antworten liefern. Aus diesem Grund plädiert Rahel Bänziger dafür, das Postulat noch stehen zu lassen.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) dankt für die engagierte Diskussion zu unserer Berufsbildung. Die Berufsbildung und deren Stärkung gehört zu Monica Gschwinds wichtigsten Dossiers. Die ganze Welt interessiert sich für das duale Berufsbildungssystem der Schweiz, trotzdem wird dieses in der Schweiz selbst immer weniger als erfolgsversprechender Weg akzeptiert. Sowohl Eltern, aber auch Lehrerinnen und Lehrer, welche zu weit von unserem Berufsbildungssystem entfernt sind, fördern Berufslehren zu wenig. Wenn wir keine Sorge zu unserem Berufsbildungssystem tragen, laufen wir künftig unweigerlich in einen Fachkräftemangel.

Das Dossier Berufsbildung enthält verschiedene Punkte. Erstens muss künftig grosser Wert auf die Laufbahnorientierung der Schülerinnen und Schüler gelegt werden. Bereits in der Primarschulzeit müssen Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern über das Bildungssystem, und vor allem auch über das Berufsbildungssystem, informiert werden. Weiter muss das BIZ modernisiert werden, denn heute erscheint dieses nicht mehr zeitgemäss. Die Jugendlichen müssen dort abgeholt werden, wo sie stehen. Broschüren als alleiniges Informationsmittel sind nicht mehr zeitgemäss. Schliesslich müssen aber auch die Lehrerinnen und Lehrer näher an die Wirtschaft herangeführt werden. In diesem Bereich werden grosse Anstrengungen unternommen, beispielsweise durch die

Wirtschaftskammer Basel-Landschaft, welche jeweils entsprechende Anlässe organisiert. Aussprüche von Lehrpersonen wie: «Ach, der macht eine Lehre? Der könnte doch auch in die FMS!» sollten definitiv der Vergangenheit angehören. Unsere Berufsbildung braucht auch schulisch starke Jugendliche, denn viele Lehren verlangen heute ein hohes schulisches Niveau.

Bei der BKSD wird die Hauptabteilung Berufsberatung und Berufsbildung neu organisiert, dies als Teil des Strukturprojekts «Avanti BKSD», dabei werden sämtliche im Postulat aufgeworfenen Fragestellungen berücksichtigt. Den Mitarbeitenden dieser Abteilung möchte Monica Gschwind ein Kränzchen winden, denn diese arbeiten hoch effizient und leisten eine qualitativ gute Arbeit. Trotzdem wird eine Neuorganisation hier Verbesserungen ermöglichen.

Die kantonale Unterstützung der überbetrieblichen Ausbildung ist sehr wichtig, hier ist unser Kanton sehr fortschrittlich. Monica Gschwind beobachtet die Entwicklung der Berufsausbildung mit grosser Aufmerksamkeit und wird alles Notwendige unternehmen, diese zu stärken und zu verbessern. Sie wird an den vielen im Postulat aufgezeigten Punkten dranbleiben und Lösungen finden.

Das Berufsbildungsmodell der Schweiz ist einzigartig, daher müssen wir dazu Sorge tragen. Monica Gschwind zeigt sich froh über die diesbezügliche Unterstützung des Landrates. Monica Gschwind betont, sie erachte sämtliche Ausbildungswege als wichtig, notwendig und gleichwertig. Alle Ausbildungswege sind erfolversprechend, daher sollen Jugendliche denjenigen Weg wählen, welcher ihren Interessen am besten entspricht. Schulisch starke und gleichzeitig praxisbegabte Jugendliche wählen leider noch viel zu wenig oft den Weg der Berufsbildung.

Monica Gschwind zeigt sich froh über die heutige Diskussion und sie verspricht, am Ball zu bleiben. Eine Stärkung der Berufsbildung soll nicht zuletzt mit der räumlichen und organisatorischen Zusammenlegung der Gewerblich-industriellen Berufsfachschulen Liestal und Muttenz zum Berufsbildungszentrum BL erreicht werden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) dankt für das engagierte Statement der Bildungsdirektorin. Dass die Berufsbildung in ihrer Prioritätenliste einen hohen Stellenwert einnehme, sei Regierungsrätin Monica Gschwind zugute zu halten.

Grundsätzlich hat die Berufsbildung in der basellandschaftlichen Politik eine sehr gute Lobby. Es gibt wenige Vorstösse, bei welchen die Berufsbildung keine Unterstützung breiter Kreise erhalten hat. Trotzdem ist die Entwicklung an den Schulen eine andere. Die Politik ist gut beraten, sich zu fragen, warum die Berufsbildung über die letzten Jahre für die Schüler immer unattraktiver geworden ist. Es ist an der Zeit, den Fehler nicht immer bei der Bildungsdirektion, bei den Lehrpersonen zu suchen. Man muss sich vielmehr überlegen, was die Jugendlichen dazu führt, nicht die Berufsbildung zu wählen. Dass man nun langsam sanften Zwang auszuüben beginnt, um mehr Jugendliche zum Berufsbildungsweg zu bringen, ist eher nicht der richtige Weg. Denn letztlich sind es primär die Eltern, die ihre Kinder in Richtung Universität pushen. Es ist nicht ein Problem der Jugendlichen oder der Schulen. Aber warum raten die Eltern den Jugendlichen nicht zu einer Berufslehre? Was kann dagegen unternommen werden? Wie können die Eltern der Jugendlichen entsprechend aufgeklärt werden, dass die geldwerten Berufschancen eines Berufsmannes weitaus besser als angenommen sind? Als der Redner sein Haus gebaut hat, musste die Baufirma ihren Polier aus Zürich abwerben, weil ein derartiger Mangel an solchen Handwerkern bestand. Der Mann erhielt CHF 12'000 Monatslohn. Diesbezüglich besteht definitiv Handlungsbedarf.

Roman Klausner (AVP) bedankt sich für die sehr richtigen und wichtigen Worte der Bildungsdirektorin. Er sei wohl einer der wenigen im Saal, die Berufslehrlinge ausbilden und genau wisse, wovon die Rede ist. Und bei der Rekrutierung von Lehrlingen gibt es Probleme. Es ist unglaublich, was die Verbände selbst für Anstrengungen unternehmen müssen, um nur annähernd diejenigen Lehrlinge ausbilden zu können, die sie ausbilden wollen. Es gibt sehr viele Lehrlingsplätze, die nicht besetzt werden können, weil manchen Anwärtern der entsprechende schulische Rucksack

fehlt. Lehrpersonen und Verbände müssen gemeinsam noch vieles nachholen, damit klar aufgezeigt werden kann, wie die Laufbahn eines Handwerkers aussehen kann. Es muss ein wenig Druck bei den Eltern abgebaut werden, wenn diese glauben, ihr Sohn oder ihre Tochter müsse mit 22 schon den Cadillac vor der Tür stehen haben. Roman Klauser weiss von Berufsverbänden, welche direkt in die Schulen zu den Lehrpersonen gehen und aufzeigen, was alles möglich ist mit einer Berufslehre. Es muss zusammen gearbeitet werden, um das duale System zu erhalten.

Christoph Buser (FDP) findet, Rahel Bänziger habe wichtige Themen angestossen. Die Frage ist aber, wer beeinflusst die Jungen in der Zeit, in der sie den Entscheid fällen müssen? Der Entscheid ist relativ früh angesetzt im Vergleich zu andern Ländern. Und wenn sich die Jungen nicht reif fühlen, den Entscheid zu fällen, besuchen sie ein Brückenangebot, oder gehen bei entsprechender Qualifikation ins Gymnasium. Damit können sie den Entscheid ein wenig hinausschieben. Um den Entscheid erleichtern zu können, müssen in erster Linie die Eltern, aber auch die Lehrkräfte entsprechend Auskunft geben können. In Bezug auf das BIZ geht der Redner einig mit Bildungsdirektorin Monica Gschwind. Er hat es auch in der Fraktionssitzung am Vormittag angesprochen. Man fühlt sich zurückversetzt ins Jahr 1985, wenn man dort hinein spaziert und das mit Broschüren vollgepackte Wandgestell sieht. Das ist nicht mehr zeitgemäss und es müssen andere Wege gefunden werden.

Aber auch von den Lehrkräften ist zu erwarten, dass sie zumindest das 1X1 der Berufswelt kennen. Christoph Busers Kinder sind im Berufswahlalter. Es kann nicht sein, dass bei einer Frage die jeweilige Standardantwort lautet: «Gang ins BIZ.» Auch scheint es ein Leistungsausweis für jeden Lehrer einer P-Klasse zu sein, wenn er möglichst alle Schülerinnen und Schüler ins Gymnasium bringen kann.

Nun wurde immerhin viel Geld in die Fachhochschulen investiert und die Durchlässigkeit ist gewährleistet. Dies soll den Jungen u.a. aufzeigen, dass der akademische Weg zwar gewählt werden kann, wenn man gerne zur Schule geht, sich an der Universität vertieft mit einer Materie auseinandersetzen oder in die Forschung will. Es heisst aber nicht, dass das der Weg für die Intelligenten ist und dass die weniger Intelligenten eine Berufsbildung absolvieren sollen / müssen.

Zu den Ausführungen des Kommissionspräsidenten: Es geht nicht darum, von den Berufsverbänden nun eine Herabsetzung der Anforderungen zu verlangen. Das Beispiel mit den Gärtnern ist wohl richtig, welche verlangen, dass man alle lateinischen Bezeichnungen kennen und aussprechen können muss. Das scheint dem Redner auch nicht gerade optimal. Grundsätzlich stimmt die Aussage von Roman Klauser. In jedem Verband hört man dasselbe, die Lehrstellen wären vorhanden. Die Novartis würde noch so gerne Schweizer nehmen. Aber wenn man es natürlich zulässt, dass alle guten Schülerinnen und Schüler den gymnasialen Weg gehen! Der andere Weg wäre ebenso gut. Daher muss man sich fragen, wo und wer die eigentlichen «Influencer» sind, die im entscheidenden Moment den Berufsentscheid der Jugendlichen beeinflussen und wie gut diese über das System Bescheid wissen. Sie wissen zu wenig, und dort muss der Hebel angesetzt werden.

Die Berufsverbände auf kantonaler Ebene sind aktuell das schwächste Glied in der Kette. Es steckt viel ehrenamtliche Arbeit darin. In jedem Sport- oder Theaterverband usw. ist es heute sehr schwierig, Leute zu rekrutieren, die sich ehrenamtlich verpflichten. Die Vorgaben betreffend Ausbildungsanforderungen kommen vom nationalen Verband. Dieser legt fest, welche Qualifikationen die Schülerinnen und Schüler mitbringen müssen, um die Ausbildung erfolgreich durchlaufen zu können. Die kantonalen Berufsverbände wollen nichts anderes, als das Berufsbild gut darzustellen (Berufsstellenmarketing) und Lernende zu rekrutieren. Und die Budgets der Berufsverbände sind klein. Praktisch alles, was vorhanden ist, geht in die Berufslehre, und trotzdem reicht es nicht. Dort liegt der Hund begraben. Es kann nicht sein, dass nun die Politik anfängt mitzureden, ob die Anforderungen im Lehrplan der Berufsbildung zu hoch oder zu wenig hoch sind. Das weiss die Praxis

am allerbesten. Wenn die Anforderungen heruntergesetzt werden, werden sie von den Verbänden einfach wieder nach eigenen Massstäben erhöht. Es soll nicht zu sehr ins System eingegriffen werden. Aber es braucht mehr Information auf Seiten Eltern, bei den Lehrern und bei der Vermittlung an die Jugendlichen. Christoph Buser ist sehr hoffnungsvoll, denn die ganze Welt kommt in die Schweiz, um sich das duale Bildungssystem anzuschauen und erklären zu lassen. Es ist eine gute Sache. Man sollte rechtzeitig handeln, wenn Wolken am Himmel zu sehen sind. Und angesichts der aktuellen Diskussion hat man sie erkannt. Bald sollten entsprechende Entscheide vorliegen. Und dann zählt der Redner auf die Unterstützung im Rat.

Rahel Bänziger (Grüne) stimmt Roman Klausner zu. Die Eltern müssten mehr Zeit und Effort investieren, um ihren Kindern die Wichtigkeit der Berufsbildung klarzumachen. Andererseits muss sich bei den Schulen etwas ändern. Die Schulklasse ihrer beiden Töchter, welche beide im P-Niveau waren, gingen nicht an die im Zweijahresrhythmus stattfindende Berufsschau, wie die A- und E-Klassen es tun. Die Mutter musste sie dorthin schleppen, um ihnen die Palette aufzuzeigen, aus der sie auswählen können. Es gibt durchaus Lehrstellen, für welche eine P-Niveau-Ausbildung eine bessere Voraussetzung ist für einen erfolgreichen Lehrabschluss. Nicht alle P-Sekundarschüler müssen anschliessend automatisch ins Gymnasium gehen. Die Schulen sollten dazu angehalten werden, dass alle Leistungszüge jeweils die Berufsschau besuchen. Als Eltern kennt man auch nicht alle Angebote, und es gibt immer wieder Veränderungen und Neues.

Caroline Mall (SVP) ist vor allem von Klaus Kirchmayrs Votum begeistert. Es sei eine Frage des Prestiges. Es macht einen besseren Eindruck, wenn man von seinem eigenen Kind sagen kann, es gehe ins PG und werde wahrscheinlich danach Jura studieren, als wenn man sagen muss, dass der eigene Sohn oder die Tochter notenmässig nicht so gut ist und nun eine Maurerlehre macht. Das ist heute für Erziehungsberechtigte ein «Schämer». Die Lehre muss attraktiver gemacht werden, vielleicht auch über den Lehrlingslohn. Tatsächlich liegt vieles in der Hand der Erziehungsberechtigten. In Bezug auf ihre jüngste Tochter, die im A-Zug ist, wurde die Rednerin gefragt, ob es denn nicht gereicht habe. Nein, es hat nicht gereicht, habe sie geantwortet. Man muss die Eltern abholen, dann gibt es auch keinen Fachkräftemangel mehr. Es braucht gute Handwerker in jedem Bereich. Und niemand sollte sich dafür schämen müssen, wenn sein Kind diesen Berufsweg wählt. Das Prestigedenken in Bezug auf die Berufswahl muss aufhören. Auch P-Niveau Klassen sollen an die Berufsschau gehen.

Andrea Kaufmann (FDP) ist stolze Mutter einer Tochter, die eine Fachangestellte Gesundheit (FAGE)-Ausbildung gemacht hat. Die Tochter fiel vom E- ins A-Niveau, machte einen super A-Schulabschluss, schloss die FAGE-Ausbildung mit einer Spitzennote ab und ist nun in der höheren FAGE-Fachschule. Die Berufsbildungen verdienen es, ebenso wertschätzend beurteilt zu werden wie ein Gymnasialabschluss mit der Möglichkeit, danach ein Studium in Angriff zu nehmen. Die Handwerkerberufe sind wichtig. Die Landrätin bricht eine Lanze für alle Lehrbetriebe, die gute Lehrlingsausbildungen anbieten.

Auch **Andrea Heger** (EVP) hat Kinder, die im P-Niveau waren und ins BIZ gegangen sind. Es gibt auch Kinder aus diesen Klassen, die eine Berufslehre gemacht haben. In diesem Umfeld war die Prestigefrage kein Thema. Die Lehrpersonen sollen entsprechend weitergebildet werden. Das allein nützt aber nichts. Es bestehen auch Ängste in der Gesellschaft, bei den Eltern. Man möchte eine gesicherte Zukunft und die Angst besteht, dass ein Beruf je nachdem einmal weggespart werden könnte und allenfalls Roboter die Arbeit übernehmen würden. Daher glaubt man, mit Kopfleistungen, die ein Computer nicht leisten kann, auch im zukünftigen Arbeitsmarkt bestehen zu können. Das ist mit ein Grund, warum gewisse Erziehungsberechtigte ihre Kinder dazu antreiben,

eine möglichst kopflastige Ausbildung zu absolvieren. Bei diesen Ängsten müsste man ansetzen. Und der Gesellschaft muss man diesbezüglich gewisse Sicherheiten bieten können.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 66:12 Stimmen wird das Postulat 2017/312 abgeschrieben.
